

Wirtschaftsdemokratie

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzelheft 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibrundstr. 5

68. Jahrgang

Berlin, den 26. Februar 1930

Nummer 17

Von den Tarifverhandlungen

Auch die Verhandlungen der Tarifparteien vor dem am 21. Februar in Tätigkeit getretenen Zentralschlichtungsamt, dem von beiden Seiten nur die Kernpunkte ihrer Abänderungsanträge zu den §§ 1 bis 10 sowie 23 und 23a des bisherigen Manteltarifs unterbreitet wurden, ergaben trotz eingehender und vielstündiger Gegenüberstellung der beiderseitigen Begründungen keine Einigungsmöglichkeit. Infolgedessen trat am 22. Februar das Zentralschlichtungsamt als Schlichtungskammer in Tätigkeit, um eine Lösung oder Überbrückung der Gegensätze in den wichtigsten Punkten zu suchen. Ein Resultat dieser Beratungen liegt bei Abschluß dieser Nummer noch nicht vor.

Angewandte Wirtschaftsdemokratie

Nun sind fast anderthalb Jahre ins Land gegangen, seitdem auf dem Hamburger Kongreß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Demokratisierung der Wirtschaft zum wirtschaftlichen Aktionsprogramm der freien Gewerkschaften erhoben wurde. Seitdem ist die Frage über deren Zweck und Wesen dauernd in Fluß geblieben. Auf allen bedeutenden Tagungen von Unternehmern, Gewerkschaftlern und auf Kongressen von Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern wurde zu dem freigeberwirtschaftlichen Wirtschaftsprogramm Stellung genommen, teilweise fand es ganz im Mittelpunkt derartiger Veranstaltungen, ganz zu schweigen von der „literarischen Bearbeitung“, die man der geforderten Wirtschaftsdemokratisierung angebeihen ließ:

Wenn wir heute all das, was zu diesem Thema gesagt und geschrieben worden ist, betrachten, so muß schon gesagt werden, viel und Erfreuliches ist in den Debatten nicht zu Tage gefördert worden. Das hat, wie alles in der Welt, natürlich seine Gründe. Die vom Hamburger Kongreß dargelegten Tatbestände und Forderungen sind an Klarheit und Trefflichkeit nicht zu überbieten. Daß heute Tausende von Kartellen den Warenpreis festsetzen, ist eine nicht wegzuleugnende Tatsache; daß die Arbeiterkraft ihr Recht anmeldet, in diesen Körperschaften, also dort, wo der Reallohn beschlossen wird, mitzubestimmen, ist eine sich von selbst ergebende Konsequenz gewerkschaftlichen Handelns, das auf eine Steigerung des Reallohns gerichtet ist. Ebenso ist der gewaltige genossenschaftliche und gewerkschaftliche Eigenbesitz eine feststehende Tatsache und die Forderung seiner Pflege und seines Ausbaues ein Gebot gewerkschaftlichen Selbsterhaltungstriebes. Wir sehen also, viel Theorie ist hier nicht zu finden, wie das übrigens bei gewerkschaftlicher Arbeit erfreulicherweise meist nicht der Fall ist. Alle rede- und schriftüblichen Leute, die danach trachten, mit ihrem Herzblut zu beweisen, daß diese oder jene Begriffsdefinition nur zum Teil stimme, daß sie nur dann haltbar sei, wenn... usw., haben sich naturgemäß enttäuscht. Für sie gab es hier nicht viel zu tun, sie blieben einer Diskussion fern, fanden den Gegenstand nicht reizvoll genug, oder sie mußten ihn politisch anfassen, weil das ganze ja ein Kampfprogramm ist, und gerieten dabei auf die schiefere Bahn. Das scheint der Hauptgrund dafür zu sein, daß der Wissenschaftler zu der gewerkschaftlichen Kampfparole so wenig zu sagen hatte. Unsere Konkurrenten im Gewerkschaftswesen haben es sich verhältnismäßig leicht gemacht. Sie erklärten die Wirtschaftsdemokratie für ein Patent, das sie (der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften) erkunden hätten. Davon war bis dahin, also bis zu dieser Behauptung im „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“, wirklich nichts zu merken. Aber was ist gegen eine solche Behauptung schon zu machen! Man hört sie sich an und stellt fest, daß die Weltgeschichte wieder an einen Waterschaftsreit reicher ist. Wer Bescheid weiß, wird dabei dem christlichen Gesamtverbande gern befeigenen, „der ist es wirklich nicht“. Und nun zum Unternehmerlager. Dort regiert schon seit Jahren der Syndikus, Geschäftig und den Auftragsgebern jederzeit zu Gefallen, hat diese Junst das ganze Schlagwortreißiger gezogen, um den Beifall der Offizellen zu finden. Wie hieß es da? Die Wirtschaft muß vor Experimenten verschont bleiben, ohne Unternehmerinitiative geht es nicht, das geschäftliche Leben muß vor bürokratischen Formen bewahrt bleiben usw. Das ist ja alles zur Genüge bekannt.

Jetzt scheint es, als ob das anders werden soll, als ob man genügend Abstand zu den Dingen gewonnen habe, um sich sachlich und tiefergründig damit auseinanderzusetzen zu können. Der Anfang damit ist gemacht worden, und zwar in einer Zeitschrift des bergbaulichen Unternehmertums („Glückauf“, Essen, Nr. 7 Jahrgang 1930). Der Erscheinungsort ist insofern von Bedeutung, als gerade im deutschen Bergbau durch das Kohlen- und Kalkwirtschafsgesetz die Demokratisierung der Wirtschaft verhältnismäßig weit vorgeschritten ist. Aber darauf geht der Verfasser des Artikels: „Angewandte Wirtschaftsdemokratie und ihre Ergebnisse“, Dr. Joseph Wünsch, nicht ein, sondern er beschränkt seine Untersuchungen auf die Eigenbetriebe der Arbeiterbewegung und rollt von dort aus das ganze Problem der Demokratisierung der Wirtschaft auf. Hören wir nun, was Dr. Wünsch, ein Wirtschafts- und Sozialpolitiker von Ruf, zu den wirtschaftspolitischen Bestrebungen der freien Gewerkschaften zu sagen hat.

Mit dem Unternehmerargument, die deutsche Wirtschaft könne sich Experimente nicht leisten, rechnet Dr. Wünsch gründlich ab. Gewiß sind die gewerkschaftlichen Eigenunternehmungen ein Experiment, etwas in der wirtschaftlichen Entwicklung Neues, aber, so argumentiert der Verfasser weiter, Wirtschaftsexperimente sind nur dann Anflug, „lebensgefährlich für ein Volk und seine Wirtschaft, wenn sie revolutionär, in großem Maße und ins Blaue hinein getan werden, wenn die Brücken zur Vergangenheit radikal abgerissen werden und das überkommene Wirtschaftssystem nicht als Reserve zur Befriedigung der Lebensnotdurft bleibt, auf das man sich beim Verlegen zurückziehen kann. Es sei denn, man will das Experiment als Selbstzweck, wobei es einerlei ist, wieviel Menschen und wieviel Mühe bei der Durchführung draufgehen und in der Retorte verderben, wie das im Sowjetstaat der Fall ist“. Ganz anders dagegen verhält es sich, wenn Versuche organisch aus dem bestehenden System heraus entwickelt werden und sie als Versuchskulturen eines nur verhältnismäßig kleinen Teil des Wirtschaftsaumes in Anspruch nehmen. Dann gefährden sie nicht die Gesamtwirtschaft, sie stellen sich der privaten Wirtschaftsform gegenüber und nehmen mit ihr den Konkurrenzkampf auf. Dieser aber gerade stellt ein Wesensmerkmal der kapitalistischen Wirtschaft dar. Die Unternehmerpropaganda dagegen beruht auf dem Lebenskampfe des privaten Arbeitgebers, ist aber inkonsequent und deshalb falsch. Zwar handelt es sich bei den gewerkschaftseigenen Betrieben, die jedem Nationalökonom und Sozialpolitiker ein reizvolles Vergleichsobjekt mit den überkommenen Formen und Maßstäben bieten, um ein Experiment gegen den Kapitalismus, aber auch derartige Versuche sind nicht nur nicht schädlich, sondern die Gesamtwirtschaft braucht sie ebenso wie das private Unternehmertum. Man muß den Eigenbetrieben der Arbeiterkraft die Chance geben, sich zu bewähren. Gelingt es ihnen, im Konkurrenzkampfe unter gleichen Bedingungen höhere soziale und wirtschaftliche Effekte zu erzielen, dann hat der Kapitalismus keine Daseinsberechtigung mehr. Soweit Dr. Wünsch. Wer aus der Unternehmerwelt den Wettbewerb unter gleichen Bedingungen fürchtet, hat den Glauben an die Überlegenheit der privaten Wirtschaft verloren. Das sagt Dr. Wünsch zwar nicht mehr, aber es ist das eine selbstverständliche Schlussfolgerung seiner durchaus logischen Beweisführung. Da aber nun das Schlagwort von dem Experiment, das wir uns nicht leisten können, in der Unternehmerdistaffone einen so breiten Raum einnimmt, so ist das nicht gerade ein Zeichen starken Glaubens an die private Wirtschaftsform, auch bei deren Leitern und ihren Nutznießern.

Aus dieser positiven Grundhaltung Dr. Wunschs, der das gemeinschaftliche Experiment für genau so notwendig erachtet wie den experimentellen Versuch in der Naturwissenschaft, resultiert aus der Erkenntnis, daß die eigenwirtschaftliche Betätigung der Gewerkschaften für diese zur Falle werden kann, nämlich dann, wenn durch sie dem Sozialismus nachgewiesen werden kann, „daß er schlechter wirtschaftet und keineswegs größere soziale Befriedigung schafft, daß er hochgepeitschte Forderungen kimmerlich oder gar nicht zu verwirklichen vermag“. Wie verhält es sich nun damit? Hier stellt Dr. Wünsch die Frage nach den Nebenzielen der gewerkschaftlichen Unternehmungen. Es bestehen als Wirtschaftszweck nur zwei Möglichkeiten, entweder werden die in den gewerkschaftseigenen Betrieben erzielten Gewinne dazu verwandt, durch höhere Löhne oder niedrige Preise die Kaufkraft zu stärken, oder sie werden dem Gewerkschaftsvermögen zur Erhöhung des

Kampffonds zugeführt. Die Erhöhung der Gewerkschaftsvermögen kann auch die Form annehmen, daß die Eigenbetriebe verbessert oder erweitert werden. In diesem so sichtbar werdenden Effekt ist zu messen und zu erweisen, ob die Privatwirtschaft schlechter arbeitet als der „sozialistische Eigenbetrieb“. Wünsch verneint es. Seine Begründung dafür aber ist nicht nur lächerlich, sondern teilweise auch widerspruchsvoll. Auf der Preisseite will er keine großen Wirkungen sehen, denn „... wenn die Konsumvereine beträchtliche Vorteile böten, müßten sie zu einer Zeit, wo gerade aus Arbeitnehmertreuen über Schwächung der Kaufkraft und unzureichende Löhne geklagt wird, mehr Anziehungskraft ausüben“. Zum Beweis führt er an, daß nach dem Bericht des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine im Jahre 1928 eine Umsatzerhöhung von nur 9,8 Proz. gegenüber dem Vorjahre stattgefunden habe, was in Anbetracht des hohen Preisstandes sehr wenig sei. Kein Freund gemeinnütziger Eigenwirtschaft wird damit zufrieden sein, aber dem Nationalökonom Dr. Wünsch ist sicherlich nicht unbekannt, daß von 1927 zu 1928 die Gruppe „Ernährung“ des amtlichen Lebenshaltungsindezes nur von 151,9 auf 152,3 gestiegen ist. Darum handelt es sich vornehmlich, so daß der Steigerungssatz von nahezu 10 Proz. fast real zu nehmen ist. Ein geschäftlicher Erfolg ist das unter allen Umständen. Aber darf schließlich nur der Jahresumsatz einer genossenschaftlichen Organisation herangezogen werden, wenn ein Urteil über die Gesamtbewegung gefällt werden soll? Binnen weniger Jahrzehnte vom Nichts zu Milliardenumsätzen — diese Tatsache sagt mehr als eine mit 9,8 Proz. angeblich zu geringe Umsatzerhöhung während eines Jahres. Wenn die Genossenschaft dem Privathandel überlegen wäre, müßte sie mehr Mitgliederzuwachs haben, sagt Dr. Wünsch, der einige Zeilen vorher anerkennt, daß dieselben Genossenschaften als Regler von Markt und Preis volkswirtschaftlich von Wert sind. Hier muß Dr. Wünsch zu bedenken gegeben werden, daß er etwas außer acht läßt, nämlich, daß die Praxis beide Wirkungen nebeneinander nicht kennt. Wenn die Konsumgenossenschaft, wie Dr. Wünsch anerkennt, einen Preisregulator darstellt, dann zwingt sie den privaten Handel, sich ihrem gesenkten Preisniveau anzupassen. Damit fällt für den Kunden, der sein Handeln nur von Preisgesichtspunkten bestimmen läßt, der Grund, im Konsumverein zu kaufen und dem privaten Geschäft untreu zu werden. Tut er das trotzdem, so aus einer weiten Erkenntnis wirtschaftlicher Zusammenhänge oder sonstigen Erwägungen, denen mit rein vernunftgemäßen Preisargumenten nicht beizukommen ist.

Nun zur Stärkung der Gewerkschaftsvermögen durch Überweisung der Gewinne gewerkschaftseigener Unternehmungen an die Kampffonds der Verbände. Darüber sagt Dr. Wünsch: „Ohne Zweifel kann die Macht der Gewerkschaften auf diese Weise sehr gestärkt werden, oft derart, daß sie im Arbeitskampf nicht mehr die grundsätzliche Schwächeren sind, sondern die Unternehmer. Diese Entwicklung ist im Gange; in einigen Gewerben und Kampfereichen des sozialen Lebens gilt nicht mehr die alte Vorstellung, daß die Gewerkschaften und die Arbeitnehmerinteressen grundsätzlich schwächer seien als die Unternehmer. Diese Tatsache hat sich aber in der öffentlichen Meinung und im amtlichen Bewußtsein noch wenig durchgesetzt.“ Wenn das stimmt, so ist dem nichts hinzuzufügen, höchstens die Bemerkung, daß hier Betrieb und Unternehmen, wie Dr. Wünsch ja selbst anerkennt, erfolgreich in den Dienst des gewerkschaftlichen Befreiungskampfes gestellt sind. Das ist neu und höchst bedeutsam, daß beispielsweise der Bergarbeiterverband mit den Dividenden seiner Lindar-Kohlen einen Streik um verkürzte Arbeitszeit der Bergleute finanziert. Das ist neu als Kampfmethode, neu aber auch als Zeichen der Verbundenheit zwischen der Arbeiterkraft, von der er mit Arbeitgeber ist, und denen, die seine Mitglieder sind.

Dr. Wünsch führt in seinem Aufsatz an, daß in den gewerkschaftseigenen Betrieben wie auch in der Privatwirtschaft hohe Reservebildung zur Modernisierung und Ausweitung der Unternehmungen vorgenommen werde. Daß trotzdem noch verhältnismäßig hohe Dividenden ausgeschüttet werden können (Lindar Jahradwerte 10 Proz.), ist schließlich nur ein Beweis ihrer Leistungsfähigkeit. Warum nun diese Methode, fragt der Verfasser, um die Gleichartigkeit gemeinwirtschaftlicher mit privater Wirtschaftsführung zu demonstrieren? Wer das verstehen will, muß sich von den Formen individualistischen Denkens freimachen. Der gewerkschaftseigene Betrieb kann sich nicht

der Universitätsfächer, namentlich ihre Bewertung als Prüfungsfach, und die Stellung der Zeitungswissenschaft zur beruflichen Vorbereitung der Journalisten und Verleger; dabei wurde ausdrücklich betont, daß es nicht der Zweck der Zeitungswissenschaft ist, Journalisten heranzubilden, wenn sie diesen auch bei ihren Studien Wertvolles bieten kann.

Fraktur oder Antiqua. Wie von der Deutschen Bücherei in Leipzig mitgeteilt wird, sind von den im Jahre 1928 erschienenen deutschsprachigen Büchern 56,8 Proz. in Fraktur und 43,2 Proz. in Antiqua gedruckt worden.

Gewerkschaften und Berufsschule. In der Schriftenreihe „Material für Jugendleiter“ ist wiederum von der Verlags-Gesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Berlin S 14, Inselstraße 6) ein Heftchen erschienen: „Gewerkschaften und Berufsschule“ von Otto Hepler, 64 Seiten stark.

In Berlin lebende Ausländer. In Groß-Berlin waren am 1. Januar 1930 132 177 Ausländer anwesend. Weitans an erster Stelle stehen die Polen mit 28 496 Köpfen, es folgen 24 367 Österreicher, 17 910 Tschechen, 11 053 Russen, 5700 Ungarn, 3537 Schweizer, 2956 Rumänen, 2070 Engländer, 2051 Italiener, 1897 Angehörige der Vereinigten Staaten und 1095 Franzosen.

Das Meer der Gebrechlichen. Eine unverhältnismäßig große Anzahl von Menschen leidet an schweren Gebrechen.

Wieviel Schläge macht ein menschliches Herz? Berechnungen haben ergeben, daß eine menschliche Uhr in einer Stunde 17 160mal tickt, täglich also 411 840 und jährlich 150 429 560 Schläge ausführt.

die gebrechlichen Frauen. Außerdem entfällt auf die Kriegsbeschädigten ein beträchtlicher Anteil der Verheirateten. Bei den geistig Gebrechlichen überwiegen die ledigen. Es ist Aufgabe des Staates, den auf fremde Hilfe angewiesenen Gebrechlichen ausreichende Hilfe und Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Was man von der Volksfürsorge wissen muß. Nach dem Grundsatz, die Versicherung zum Selbstkostenpreis zu bieten, versteht es sich von selbst, daß die Mitglieder des Vorstandes und des Ausschusses der Volksfürsorge weder Dividenden noch Zantienen und die Aktionäre (also die Gewerkschaften und Genossenschaftler) für ihr Aktienkapital, soweit es in der eingezahlte ist, eine nur mäßige Verzinsung erhalten; sie darf nach dem Gesellschaftsvertrag höchstens 5 Proz. betragen.

Zunahme der Krebssterblichkeit. Nach Mitteilung des Preussischen Statistischen Landesamtes steigt der Krebs zur Zeit in der Häufigkeitsreihe der einzelnen Todesursachen an zweiter Stelle; sein Anteil an den Gesamtsterbefällen ist etwa neunmal so groß wie vor einem halben Jahrhundert.

Wieviel Schläge macht ein menschliches Herz? Berechnungen haben ergeben, daß eine menschliche Uhr in einer Stunde 17 160mal tickt, täglich also 411 840 und jährlich 150 429 560 Schläge ausführt.

Breitets aus Lorz. Eine neue Erfindung des Ingenieurs Schimansky, über die die Geologische Landesanstalt in Berlin in den nächsten Tagen eine Denkschrift veröffentlicht wird, soll bewerkstelligen, daß aus Lorz vollwertige, aber wesentlich billigere Breitets gewonnen werden können, als sie bisher der Braunkohlenbergbau herstellte.

ijßer Verjuche abzuwarten, ehe sich endgültig sagen läßt, ob Deutschland die 38 Milliarden Rubimeter Lorz, die es zur Verfügung hat, rationell für die Brennstoffherstellung zu verwenden können.

Versehiedene Eingänge

Der Graphische Betrieb. Monatsheft für Maschinen-technik, Betriebswissenschaft und Verknüpfung. Herausgegeben vom Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker, 6 Jahrgang, Heft 2 von 16. Februar 1930.

Briefkasten

D. M. u. Schw. M. C. F. in N. A.: Der „Grenzübergang“ dankt bestens und wünscht sich 7 gefegneten Freitag, 7. Febr. in Dr. Jun. 204: S. 10. W. 2. in L. 2. Nr. 570: 570. W. in G. L.: Mit Dank empfangen und an Spartenkollegen weitergeleitet.

Verbandsnachrichten

Statistikarten einleunden! Späterer Einleundungsstermin für Februar 8. März. Etwa tag für die Zählung der Arbeitslosen 22. Februar. Auf richtige Frankierung der Statistikarten ist zu achten.

Adressenveränderungen

Hollnau i. Pom. Vorstehender: Otto Hüfke, Hollnau, Friedenstr. 7; Kassierer: Heinrich Hoffmann, Hollnau, Lindenstraße 24. Mittelweide. Vorstehender: Alfred Seide, Erlau bei Mittelweide Nr. 3. Dopenheim-Werke. Vorstehender: Werner Macheffe, Dopenheim a. Rh., Jahnstraße 6. Berden a. d. Mühl. Vorstehender: Richard Wetzel, Elberstraße 65.

Heise- und Arbeitslosenunterstützung. Dresden. Der Seher August Steinel aus Hamburg soll seinen Kollegen Walter Seidel, Seidenstraße 28, Briefkasten 28, seinen Mitleid mitteilen. Die Heisekassenverwalter wollen es darauf aufmerksam machen.

Veranstaltungskalender

Muerbach-Palastklub. Versammlung Sonntag, den 1. März, abends 7 1/2 Uhr, in der „Auguststraße“. Bielefeld. Korrespondenten-Bezirksversammlung Sonntag, den 2. März, nachmittags 1 Uhr, im „Volksklub“, Subbrack, Range Straße. Gernsbühl. Bezirksversammlung Sonntag, den 3. März, nachmittags 9 Uhr, im „Schulz“. Dortmund. Versammlung Sonntag, den 2. März, nachmittags 10 Uhr, im Lokale Werra („Körnerhalle“), Körnerplatz. Dresden. Druckerversammlung Sonntag, den 1. März, abends 9 1/2 Uhr, im „Volksklub“ (Saal 1). Erlau. Bezirksversammlung Sonntag, den 2. März, nachmittags 7 1/2 Uhr, im „Volksklub“, Zimmer Nr. 2. Naumburg a. d. S. Bezirksversammlung Freitag, den 28. Februar, abends 8 Uhr, in der „Post“. Oberleisnig. Bezirksversammlung Sonntag, den 1. März, abends 8 1/2 Uhr, in der „Krone“, Oberleisnig. Naumburg i. B. Bezirksversammlung Sonntag, den 1. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus „Schillergarten“, Naumburg Straße 65.

Anzeigenpreise: 15 Pf. die siebengefaltene Millimeterhöhe für Stellenangebote und -angebote sowie für Anzeigen kollegialer Herkunft (d. h. Vereins-, Fortbildungs- und Todesanzeigen); 50 Pf. für Anzeigen geschäftlicher Art

Anzeigen

Annahmeschluss: Montag und Donnerstag früh für die jeweils nächste erscheinende Nummer. Anzeigenaufgaben für den „Korrespondent“ möglichst nur durch Eingahlung auf das Postfachkonto Berlin NW Nr. 268 10

Elektronklicheschees
scharfe Bildwiedergabe
leichte Zurechtung
hohe Druckfestigkeit
Verlangen Sie Aufklärungsschrift
und Preisantworten durch
Pyrophor-Metallgesellschaft A.G.
Essen-Werden
Schließplatten
Rästen und Regale

Ortsgruppe Berlin - BdDB
Am Freitag, dem 28. Februar, 20 Uhr, im kleinen Saale des „Berliner Klubhauses“, Ohmstraße 2:
Streizug durch die Grammatik
Referent: Kollege Walter Schwarz
Ausstellung und Besprechung einer Sammlung von Arbeitsplänen und andern Drucksachen aus verschiedenen Ortsgruppen
Referent: Kollege Artur Grams

Wie entwerfe ich Akzidenzen
Unterrichts- u. Vorlagenwerk. Zweite Lieferung:
KARTEN ist erschienen
Verlangen Sie unverbindlich Prospekt mit Probeabbildungen...
WILLY SCHUMANN
Leipzig, Marschnerstr. 3

Hermann Böfel
Am 18. Februar verstarb nach langem Krankenlager unser lieber Kollege, der Druckerwalde 1254
Hermann Böfel
im Alter von 42 Jahren.
Am 18. Februar verstarb infolge eines Unfalls unser lieber Kollege, der Seher
Willi Klumm
im Alter von 42 Jahren.
Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Gedenken stets bewahren.
Gedächtnisfeier.
Gedächtnisfeier.

Otto Benzel
Am 22. Februar verstarb nach langem Leiden unser lieber Kollege, der Seher
Otto Benzel
aus Berlin, im Alter von 1258
Mehrere Jahre im Vorstand tätig, werden wir in diesen Kollegen einen unserer besten.
Ein ehrendes Gedenken bewahrt ihn.
Verein „Gutenberg“
Jensburg.

Hermann Müller
Am 21. Februar verstarb nach längerem Leiden der Vorsteher der Mittelstraße
Hermann Müller
im 58. Lebensjahre. In 28-jähriger Tätigkeit im Laufe eines er sich als Seher wie in den letzten Jahren als Vorsteher als stets verantwortungsbewusst und hilfsbereiter Mensch, dem dauerndes Gedenken sicher ist.
Die Handseher der Firma Scherl Ombg., Berlin.

Nikolaus Bink
Zum dritten Male seit Beginn des Jahres hat der Mitgliederverein Tod unser Kollegen geliebt. Am 20. Februar verstarb unser lieber Seherkollege
Nikolaus Bink
im Alter von 61 Jahren, nachdem er vor einigen Wochen an der Quarlitis erkrankt war. Im Jahre 1890 den Verband eingetreten, nahm er gleich reich Anteil an Organisationsarbeiten. 21 Jahre lang vertrat er treu und gewissenhaft die Dros- und Belegkassen. Ein stets gesunder Humor war ihm eigen. Wir danken ihm für die in langen Jahren gelieferte Arbeit und sichern ihm ein bleibendes Gedenken.
Männerchor „Graphie“.
Gedächtnisfeier Erlar.

Gg. Wörthmann
Am 18. Februar verstarb nach langer Krankheit unser lieber Kollege, der Korrektor
Gg. Wörthmann
aus Proßheide, im Alter von 68 Jahren.
Sein Gedenken werden stets in Ehren halten
Die Kollegen der Firma Drehtopf & Härtel, Leipzig.